



TOPTHEMA: ENERGIEPOLITIK

Foto: © Tassilo

Diese Baustelle von NordLink zeigt, wie tief die Schneise der Verwüstung für SuedLink geschlagen wird

SuedLink: Grüner Schwindel

Die Stromautobahn wird niemals Energiesicherheit liefern

THOMAS PALKA, SCHWAIGERN

Wir hatten in der Maiausgabe dieser Zeitung (4/2020) darüber berichtet, welche un-absehbaren und teilweise irreversiblen

IN DIESER AUSGABE

TOPTHEMA: ENERGIEPOLITIK 1–3
SuedLink | Baden-W. | Dämmstoffe

AUS DEN PARLAMENTEN 4–6
Stuttgart | Mannheim | Berlin

AUS UNSERER PARTEI 6–7
Gründung „Jugend@DE“ | RKI
Gastbeitrag aus Koblenz

STANDPUNKTE 8–11
Doppelmoral | Deutsch | Duden | KSK

AUFGEKLÄRT! 12
EZB | Deutschland / Afrika

Folgen die Stromtrasse SuedLink für unser Land und unsere Natur hätten. Nicht nur die empfindlichen Ökosysteme unserer Flora und Fauna in Wäldern und auf Wiesen wären nachhaltig gestört, sondern auch Böden, insbesondere landwirtschaftlich genutzte, könnten irreversible Schäden davontragen. Darüber hinaus würde der erforderliche Schneisenhieb eine erhebliche Veränderung des Landschaftsbilds nach sich ziehen und damit seinen Erholungswert mindern. Da fragt man sich natürlich nach dem Sinn und Zweck dieser sogenannten Stromautobahn.

Brauchen wir SuedLink wirklich für unsere Stromversorgung? Erfüllt dieses megateure Giga-Projekt überhaupt seine selbst gesteckten Ziele?

Das Narrativ der grün dominierten rot-schwarzen Bundesregierung lautet ja, dass die Stromtrasse angeblich notwendig sei, um Windstrom aus dem

Norden zu uns in den stromhungrigen Süden zu bringen. Tatsächlich wird durch die HGÜ-Erdkabel (Kabel für Hochspannung-Gleichstrom-Übertragung) aber nur ein geringer Anteil dieses Stroms fließen.

Denn die sogenannten erneuerbaren Energien sind nicht grundlastfähig und werden es niemals sein. Auch wenn man ganz Deutschland mit Windrädern zustellen würde: Wenn kein Wind weht, dreht sich kein einziges von ihnen.

Was ein Großteil der Bürger nicht ahnt: Wenn der deutsche Sonderweg des Atom- und Kohleausstiegs erst vollzogen ist, würde dennoch Atom- und Kohlestrom durch die Erdkabel fließen. Aber eben nicht mehr aus deutschen Kraftwerken mit ihren hohen Standards in punkto Sicherheit und Sauberkeit, sondern über das europäische

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Stromnetz aus Ländern wie Frankreich, Polen, Estland. Damit aber noch nicht genug des energiepolitischen Irrsinns: Je mehr Windstrom dem europäischen Strommarkt zur Verfügung steht, desto teurer wird die Rechnung für den deutschen Stromkunden. Denn zur Sicherung der Grundlast müssen die konventionellen Kraftwerke aus dem Ausland ja immer mitlaufen.

An einem windigen Tag führt das dazu, dass an der europäischen Energiebörse ein Überangebot an Strom vorhanden ist. Der vom Steuerzahler und Stromkunden finanzierte hochsubventionierte Windstrom wird dann

*Je schneller sich die
Windräder drehen,
desto teurer der Strom*

zu Null- oder sogar zu Negativpreisen gehandelt. Einfach gesagt: Je schneller sich die Windräder drehen, desto teurer der Strom.

Man muss verstehen: Die geplante Stromautobahn SuedLink ist nur das vorerst letzte Glied in einer langen Kette ideologisch motivierter energiepolitischer Fehlentscheidungen.

Selbst ein so prominentes Gründungsmitglied der Grünen wie Otto Schily, Bundesinnenminister der SPD von 1998 bis 2005, hält „die sogenannte Energiewende in Deutschland sowohl unter wirtschaftlichem, finanziellem, ökologischem, sozialem und klimapolitischem Vorzeichen für ein Desaster.“

Thomas Palka ist Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Eppingen



Grün-schwarz dreht dem Südwesten den Saft ab

DR. ALICE WEIDEL, ÜBERLINGEN

Grün regiert zu werden kommt teuer – das spüren die Bürger Baden-Württembergs immer heftiger am eigenen Leib. Um 2,9 Prozent sind die Strompreise im letzten Jahr in Baden-Württemberg noch einmal gestiegen – im Deutschland-Durchschnitt waren es „nur“ 1,4 Prozent.

Die Haushalte der hart arbeitenden Mittelschicht und den Mittelstand, das Rückgrat unseres Wohlstands, trifft es am härtesten.

Hauptpreistreiber: Die Netzentgelte und die EEG-Umlage.

In Baden-Württemberg wurde noch vor einem Jahrzehnt mehr als die Hälfte des Strombedarfs aus Kernenergie gedeckt. Die Bilder von der Sprengung der Kühltürme des stillgelegten Kraftwerks Philippsburg, die vor drei Monaten durch die Medien gingen, sind symbolisch: Die Brücken zur gewohnten Versorgungssicherheit werden abgebrochen, ohne genau zu wissen, wo die Reise eigentlich hingehen soll.

Die Landesregierung setzt ohne Rücksicht auf Verluste auf den Ausbau der Windenergie. Die Forcierung geht auf Kosten der Gesundheit und Lebensqualität vieler Bürger; der Widerstand wächst aus gutem Grund. Ginge es nach Grün-Schwarz, würde selbst der Schwarzwald, unser weltweit bekanntestes touristisches Kleinod, mit Windspargeln vollgepflastert.

Windkraft bedeutet Artensterben bei Vögeln, Insekten und Fledermäusen, Landschaftszerstörung und inakzeptablen Flächenverbrauch. Zu schweigen von der ungelösten Frage der Altlasten – den enormen Mengen an Stahl und Beton, die für die Fundamente in den Böden versenkt wurden, und der Gefahr, die von den berstenden Rotoren altersschwacher Anlagen ausgeht.

Der notwendige Netzausbau würde das Gesicht unseres Landes noch weiter drastisch verändern (siehe voriger Beitrag). Und brauchbare Speichertechnologien, die Wind- und Sonnenstrom besser verfügbar machen, sind noch nicht gefunden: Bei Batteriespeichern oder Wasserstoffumwandlung ist der Aufwand zu hoch und der Wirkungsgrad zu schlecht.

Von den Subventionsmilliarden profitieren einige Anleger und Lobbyisten, die Bürger zahlen drauf. Auch die sogenannten „erneuerbaren“ Energiequellen müssen sich dem Wettbewerb stellen. Welche Energiequelle der Zukunft tatsächlich einmal fossile Energieträger ersetzen kann, wird nicht von Lobbyisten und Bürokraten am grünen Ministeriumstisch festgelegt. Darüber entscheidet am Ende die Innovationskraft und dem Ideenreichtum unserer Forscher und Tüftler – wenn man sie mit ideologischen und planwirtschaftlichen Vorgaben in Ruhe lässt.

Deshalb treten wir für die Abschaffung des EEG ein. Und ebenso für die Streichung der Energieeinsparverordnung (EnEV), die Hauseigentümer gängelt, zu unrentablen Investitionen nötigt (siehe folgender Beitrag) und das Bauen unnötig teuer macht.

Dr. Alice Weidel ist Bundestagsfraktionschefin und Landesvorsitzende der AfD Baden-Württemberg





Wärmedämmstoffe sind giftiger Sondermüll und haben den Energieverbrauch nicht im geringsten gesenkt

Erneuerbare Daumenschrauben

Die Energieeinsparverordnung stiftet mehr Schaden als Nutzen

DR. WALTER ARMBRUSTER, ETTLINGEN

Als ich 2009 die Fassade meines Altbaus neu streichen lassen wollte, meinte der Maler, nachdem er die Wand an einigen Stellen abgeklopft hatte: „Vielleicht wäre es sinnvoll den Putz stellenweise zu erneuern“.

Auf meine Frage, wie viel das kosten würde, antwortete er: „Kommt darauf an; wenn mehr als zehn Prozent des Putzes weg müssen, wird's richtig teuer, weil dann die ganze Fassade wärmegeklämmt werden muss, wegen EnEV, Nachhaltigkeit, Energiesparen und so“.

„Geldsparen wär mir lieber“, meckerte ich, denn mir waren einige Berichte, einschließlich des Instituts für Bauphysik bekannt, die nachwiesen, dass die Verwendung von Dämmstoffen den Heizenergieverbrauch nicht senkt, sondern im Vergleich zu Massivwänden vielmehr in die Höhe treibt.

Außerdem schreckte mich eine Reihenhäuser-Neubausiedlung in der Nachbarschaft ab, deren wärmegeklämmte Wände bereits mit Algen verunstaltet waren. „So was wird heute mit Bioziden in der Wandfarbe bekämpft“, meinte der Maler beschwichtigend, „allerdings wäscht sich das Gift regelmäßig aus und muss erneuert werden. Entweder Klimaschutz oder Naturschutz, beides gleichzeitig geht nicht“.

„Ich glaube nicht, dass ich eine Wärmedämmung brauche“, zögerte ich, „mein Haus hat 34 cm dicke Außenwände und der Energieausweis ist im grünen Bereich“.

Darauf der Maler: „Das kann nur ein Gutachter bestimmen, außerdem gibt es Wärmebrücken, wie zum Bei-

Laut Institut für Bauphysik treiben Dämmstoffe den Heizenergieverbrauch in die Höhe

spiel die Fenstersimse“. „Soso, und was wird aus meinen Naturstein-Fenstersimsen, wenn das Haus in Styropor verpackt wird?“ „Die müssen leider abgesägt werden“, so der Maler.

Dadurch stand meine Entscheidung fest: „Wir lassen's dann beim Anstreichen. Vielleicht hält der Putz so lange, bis die Regierung ihren EnEV-Irrsinn einsieht und rückgängig macht“. „Da würde ich nicht drauf wetten“ sagte der Maler resigniert.

Meine damalige Entscheidung habe ich nicht bedauert, da inzwischen Wärmedämmstoffe als Sondermüll betrachtet werden, deren Entsorgung noch teurer als ihre Montage werden könnte.

Bezüglich der Lernfähigkeit der Regierung hatte der Maler natürlich

recht; seit 2010 flossen mehr als 342 Milliarden Euro in energetische Modernisierungsmaßnahmen von Wohngebäuden in Deutschland, aber der Energieverbrauch ist nicht im geringsten zurückgegangen.

Und was fällt der Regierung dazu ein? Da die Verordnungen zum „Energiesparen“ und „Energieerneuern“ offensichtlich nicht ausreichen, um das Ziel eines nahezu klimaneutralen Gebäudebestandes bis zum Jahr 2050 durchzusetzen, müssen halt die Daumenschrauben EEG, EnEV, EEWärmG, EWärmG usw. erneuert, soll heißen: noch fester angezogen werden.

Dr. Walter Armbruster, Vorstandsmitglied im OV Ettlingen, Mathematiker i.R., zuletzt im Fraunhofer Institut auf dem Gebiet KI





Ins kollektive Gedächtnis eingegraben: Verwüstungen nach den Unruhen in der Stuttgarter Innenstadt im Juni 2020

Stuttgart: Grüne Fehlschlüsse

Die Grünen wollen die Ursachen der Krawalle nicht sehen und angehen

DANIEL ROTTMANN, ULM

In der Nacht vom 20. zum 21. Juni 2020 haben kriegsähnliche Zustände die wahre Sicherheitslage in Stuttgart offenbart. Zum aktuellen Stand der polizeilichen Ermittlungen ist bekannt, dass an den Krawallen zwei Tätergruppen beteiligt waren. Eine beschreibt Innenminister Strobl selbst: Linksextremisten hätten bei den Krawallen „keine untergeordnete Rolle gespielt“. Die andere Tätergruppe besteht laut den polizeilichen Ermittlungen zu 80 Prozent aus Ausländern oder Personen mit Migrationshintergrund.

Welche Lehren und Konsequenzen zieht die grüne Regierungspartei daraus? Dieser Frage bin ich als innenpolitischer Sprecher nachgegangen.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann greift zu Vorschlägen aus der Mottenkiste seiner Anfangszeit von 2013 und verhängt Alkoholverbote. Doch nicht Alkohol ist das Problem. Sehr betrunken können die Gewalttäter nicht gewesen sein, wenn sie zu Kung-Fu-Sprüngen fähig waren.

Kretschmann hat keine adäquaten Lösungen auf die Sicherheitsherausforderung. Er ist sichtbar alt. Eine sieben Jahre alte Forderung bezeugt nur noch den Geist der grünen Verbotspar- tei.

Was hat Landtagspräsidentin Muhterem Aras (Grüne) aus der Krawallnacht gelernt? Sie findet lediglich das Wort „Migrationshintergrund“ „schwierig“ und verletzend. Den „Deutschen

Grüne Mottenkiste: Alkoholverbot und „mehr Licht“ gegen gewalttätige Randalierer

mit Migrationshintergrund“ würde es das Gefühl vermitteln, dass sie „nicht ganz dazu“ gehörten. In der Tat: Nur was integriert ist, bildet Integrität.

Während Muhterem Aras sich mit dem Migrationshintergrund der Kriminellen solidarisiert, fordert die Grüne Jugend eine soziale Neuaufstellung der „Polizist*innen“ – und das, nachdem in der Krawallnacht 23 Polizisten von den randalierenden Gewalttätern verletzt wurden. Da muss man fragen, welches „soziale Engagement“ die Polizisten vor Kung-Fu-Sprüngen schützen könnte. Es ist im Übrigen schwer, die Antifa und die Grüne Jugend auseinanderzuhalten, wenn die letzteren sich unter der Antifa-Flagge präsentieren.

Die Grünen fordern außerdem „mehr Licht statt mehr Polizei“ in der Stuttgarter Innenstadt. Das übertrifft die bisherigen Absurditäten noch-

mals um Längen. Wer sich einmal in der Stuttgarter Innenstadt bewegt hat, weiß, dass es nicht an Beleuchtung mangelt. Vielmehr mangelt es an der Integrationswilligkeit der Zugewanderten und an der gesellschaftlichen Ächtung der hofierten militanten linksextremen Neofa, Migrantifa und anderer gewaltbereiter Szenen, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund.

Die Grünen haben die Sicherheitspolitik sehr lange schöngeredet und dabei das Licht der Wahrheit für sich ausgeschaltet. Sie bleiben auch jetzt eine Partei, die im Dunkeln tappt.

Daniel Rottmann MdL ist innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, Delegierter im Bundeskonvent und stv. Ortsvorsitzender des OV Ulm



Die AfD als Zünglein an der Waage

Unsere Sachpolitik im Auftrag der Wähler

JOACHIM STAHL, LEINF.-ECHTERDINGEN

Eine Erfolgsgeschichte schreibt die AfD-Fraktion im Parlament des Verbands Region Stuttgart (VRS). Bei den Regionalwahlen im Mai 2019 kam die AfD in der Region Stuttgart auf 9,15 Prozent der Stimmen, ein Plus von 5,55 Prozentpunkten gegenüber 2014. Statt zweier entsendet die AfD seither acht Regionalräte in dieses Stuttgarter Parlament und besitzt Fraktionsstatus.

Größter Gewinner der letzten Regionalwahlen waren leider die Grünen, die wie im Landtag die merkelisierte CDU als stärkste Fraktion ablösen. Die Grünen spekulierten darauf, den neuen Parlamentsvorsitzenden zu stellen. Doch auf Betreiben unseres Fraktionsvorsitzenden Stephan Wunsch wagte es die CDU, den bisherigen Amtsinhaber Thomas Bopp als Gegenkandidaten aufzustellen.

CDU, FDP und Freie Wähler haben eine Mehrheit von 42 bürgerlichen gegenüber 38 linken Abgeordneten, Zünglein an der Waage waren die acht AfD-Stimmen. Und mit diesen wurde Bopp tatsächlich wiedergewählt. Eine Forderung aus dem Kanzleramt, die Wahl rückgängig zu machen, blieb aus.

Die Grünen sahen sich um ihren Triumph betrogen und warfen CDU, FDP und Freien Wählern vor, zusammen mit der AfD abgestimmt zu haben. Demokratie ist im linken Verständnis schließlich nicht die Entscheidung einer Mehrheit, sondern nur das, was man selbst für richtig hält.

Die bürgerlichen Parteien im VRS-Parlament sind jedoch ideologisch weniger verbohrt und arbeiten mit ihren AfD-Kollegen in der Regel konstruktiv zusammen. Mit ihren Stimmen wurden die AfD-Einzelkandidaten zum Entsetzen der Neo-SED in sämtliche Aufsichtsräte gewählt.

Hauptaufgabengebiet des VRS ist die Gestaltung des regionalen Verkehrsnetzes, zudem wird über Baugenehmigungen entschieden, auch für Windräder. Die linken Parteien können bekanntlich nicht genug dieser unsinnigen Zappelstromanlagen aufstellen. Die AfD hingegen erwägt bei sämtlichen Projekten Kosten und Nutzen.

Bei der jüngsten Sitzung des VRS-Wirtschaftsausschusses beschuldigten zwei Regionalräte von SPD und FDP aus heiterem Himmel ihre AfD-Kollegen des Rassismus und Nationalismus. Linke Hass- und Hetztiraden zogen damit leider

auch in den VRS ein. Aus Angst um den Platz am parlamentarischen Futtertrog? Die sachliche und bürgerorientierte Arbeit der AfD im VRS muss für ihre politischen Gegner überaus schmerzhaft sein.

Die AfD-Fraktion wird weiterhin ideologiefrei und mit stocknüchterner Fachkompetenz ihren Teil dazu beitragen, den Großraum Stuttgart wider die desaströse Politik der Altparteien zukunftsfähig zu gestalten, genau wie es der Wählerauftrag verlangt.

Joachim Stahl ist Fraktionsgeschäftsführer der AfD-Fraktion im VRS

Die AfD verhinderte einen grünen Parlamentsvorsitzenden

Die AfD-Fraktion im VRS



Notlage des Klinikums Mannheim

DR. ULRICH LEHNERT, MANNHEIM

Bereits im Mai dieses Jahres habe ich in meiner Funktion als gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Mannheimer Gemeinderat auf den drohenden finanziellen Notstand des Universitätsklinikums Mannheim (UMM) hingewiesen. Meine Forderung lautet: Das Land muss sich am UMM stärker beteiligen.

Nach den Vorgaben der großen Koalition in Berlin sind die Krankenkassenbeiträge auf 14,6 Prozent der Löhne zementiert. Gleichzeitig verursachen der stetig steigende medizinische Fortschritt und der Anstieg der Lebenserwartung immer höhere Kosten. Die Krankenkassen jedoch müssen ihre Ausgaben deckeln. Das betrifft die niedergelassenen Ärzte und auch das Fallpauschalensystem der Krankenhäuser.

Krankenhäuser der Maximalversorgung wie das Universitätsklinikum Mannheim können mit den gedeckelten Fallpauschalen ihre Leistungen nicht refinanzieren. Alternative Lösungen wie eine Staffelung der Fallpauschalen oder eine Freigabe der Krankenkassenbeiträge sind unrealistisch oder werden von der großen Koalition in Berlin unterbunden.

Somit bleibt als Lösung nur eine Beteiligung des Landes am UMM.

Dr. Ulrich Lehnert ist Stadtrat in Mannheim und gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Gemeinderatsfraktion



Das „Lieferkettengesetz“: Deutschland in Ketten

MARKUS FROHNMAIER, WEIL DER STADT

Trotz der düsteren wirtschaftlichen Aussichten schmiedet die Bundesregierung an einer neuen Fessel für Unternehmen und ihre Arbeitnehmer: dem Lieferkettengesetz.

Aus den Häusern von Entwicklungsminister Müller und Arbeitsminister Heil kommt jetzt das so genannte „Lieferkettengesetz“. Flankiert von linksgrünen NGOs, die schon länger einen solchen Gesetzentwurf fordern, sollen in Deutschland ansässige Unternehmen jetzt an die Kandare genommen werden. Wenn ein deutsches Unternehmen im Ausland produziert oder Zulieferer im Ausland hat, müssen die Unternehmen zukünftig mit Sanktionen rechnen, wenn sie oder ihre Zu-

*Ein solches Gesetz
benachteiligt deutsche
Unternehmen gravierend*

lieferer die Einhaltung menschenrechtlicher, sozialer und umweltbezogener Sorgfaltspflichten nicht garantieren können.

Stellen Sie sich also vor, Sie sind ein Automobilhersteller. Sie müssten die Herkunft des Kupfers für Ihre Kabel, des Gummis für Ihre Räder, des Glases für Ihre Scheiben und hunderter anderer Einzelteile lückenlos dokumentieren können. Dabei greifen Sie auf mehrere tausend Zulieferer bereits in der ersten Ebene Ihrer Lieferkette zurück. Insgesamt kommen schnell mehrere hunderttausend Zulieferer zusammen.

Sie haften für die möglichen Verfehlungen des Kupferminenbetreibers in Chile oder des Gummiproduzenten im Kongo. Die rechtliche Verantwortung für die lokalen Produktionsbe-

dingungen wird so auf deutsche Unternehmen abgewälzt. Dabei sind für die lokale Gesetzgebung und Rechtsdurchsetzung eigentlich die jeweiligen Regierungen verantwortlich, nicht Privatunternehmen aus Deutschland. Regierungen übrigens, die zum größten Teil in Entwicklungsländern als hoch korrupt einzustufen sind und denen wir noch üppige Entwicklungshilfe zahlen.

Ein solches Gesetz benachteiligt deutsche Unternehmen gravierend gegenüber der internationalen Konkurrenz. In letzter Konsequenz führt es zum Rückzug deutscher Unternehmen aus den Produktionsländern. So verlören gerade die Entwicklungsländer den Marktzugang und die Investitionen, die sie so dringend brauchen.

Unser Wohlstand basiert auf einer hochentwickelten Exportwirtschaft. Es gilt, die wirtschaftliche Realität anzuerkennen, die geprägt ist von Spezialisierung und der globalen Arbeitsteilung. Wir müssen für die Zukunft sicherstellen, dass Deutschland ein wettbewerbsfähiges Hochtechnologieland bleibt. Das geht nur mit einer Politik, die sich nicht dem Krieg gegen die eigene Wirtschaft, die eigenen Landsleute und die eigene Lebensweise verschrieben hat.

Das geht nur mit der AfD. Denn nur die AfD wehrt sich gegen das Lieferkettengesetz und streitet für deutsche Interessen im In- und Ausland.

Markus Frohnmaier MdB ist entwicklungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Beisitzer im Landesvorstand



Foto: Martin Rothweiler

AUS UNSERER PARTEI

„Jugend für Demokratie und Europa“ gegründet

JUGEND FÜR DEMOKRATIE UND EUROPA

Am 25. Juli 2020 gründete sich in Reutlingen der Verein Jugend für Demokratie und Europa „Jugend@DE“. Der AfD-nahe Verein möchte die Jugendarbeit im Bereich der politischen Bildung fördern und junge Menschen für die Politik in Baden-Württemberg begeistern. Wir sehen uns als Bindeglied der Generationen und möchten an die Tradition politischer Fördervereine anknüpfen.

Besonders wichtig sind uns die Themen Digitalisierung, Bildung und das Bewusstsein für ein freies Europa souveräner Nationalstaaten. Wir stellen die Eigenverantwortung der Jugend in den Fokus. Dazu werden wir ein reichhaltiges Schulungsangebot auflegen.

„Jugend für Demokratie und Europa“ versteht sich als Förderverein für junge Menschen, denen es am Herzen liegt, Deutschland als Innovationsstandort zu erhalten und weiter auszubauen und die darüber hinaus die Probleme unserer Zeit erkannt haben und sich ihrer annehmen möchten.

Der Gründungsvorstand: Vorsitzender Johannes Rausch, Stellvertreter Lukas Battenberg und Dustin Steinmann, Schatzmeister Gereon Moll, Beisitzer Arniko Meinhold und Maximilian Gerner.

Interessierte Förderer und Freunde wenden sich an: info@jugendfuer.de

Der Vorstand von Jugend@DE



IMPRESSUM

Landesvorstand der
AfD Baden-Württemberg
Postfach 70 05 46, 70574 Stuttgart
0711 7260540, redaktion@afd-bw.de

Die Beiträge geben grundsätzlich
die Meinung der Autoren wieder.

Das RKI: Lernen aus der NS-Vergangenheit

DR. RAINER BALZER, BAD SCHÖNBORN

Die Bundesregierung hat sich für alle coronarelevanten Entscheidungen vom Robert-Koch-Institut beraten lassen. Zu dessen Kernaufgaben gehört unter anderem der „generelle gesetzliche Auftrag, wissenschaftliche Erkenntnisse als Basis für gesundheitspolitische Entscheidungen zu erarbeiten“, so das Institut auf seiner Homepage. Auch der Lockdown mit den desaströsen Auswirkungen für unser Land geht auf Empfehlungen des RKI zurück.

Warum aber hat Frau Merkel ab September 2015 nicht gleichermaßen auf Erkenntnisse und Warnungen aus den Sicherheitsbehörden gehört? Deren Appelle, die Grenzen zu schließen, um die innere Sicherheit nicht zu gefährden, verhallten im Bundeskanzleramt ungehört – mit ebenfalls desaströsen Auswirkungen.

In der NS-Zeit war das RKI „als staatliche Forschungseinrichtung des öffentlichen Gesundheitswesens eng in die nationalsozialistische Gewaltpolitik eingebunden“, wie es auf den Seiten des RKI zu lesen steht. Das Institut war vollständig von der NS-Ideologie durchdrungen, Wissenschaftler des RKI waren an medizinischen Verbrechen beteiligt.

Dieses dunkle Kapitel hat das Institut inzwischen aufgearbeitet, aber erst ab 2006, über 60 Jahre nach den Verbrechen. Gerade heute jedoch ist es angeraten, sich die Geschichte des RKI vor Augen zu führen. Denn: „Es waren nicht nur einzelne Wissenschaftler, die moralische Grenzen überschritten haben, ... die abscheuliche Menschenversuche durchgeführt haben, ... die schlechte Wissenschaft gemacht und alle moralischen Schranken eingerissen haben. Fast alle haben mitgemacht oder geschwiegen.“

Genau das muss heute eine Lehre sein. Aus der Masse heraus einzelne kritische Stimmen verächtlich zu machen, wie wir es in der Coronadiskussion erleben, birgt Gefahren. Eine Demokratie braucht kritische Stimmen – auch zum Thema Infektionsschutz.

Dr. Rainer Balzer ist Landtagsabgeordneter und Beisitzer im Landesvorstand



Foto: Karsten Klauer

GASTBEITRAG

Für eine Stärkung der Dualen Ausbildung

JOACHIM PAUL, KOBLENZ

Am 17. August begann in Rheinland-Pfalz das neue Schuljahr. Erwartungsgemäß waren viele Schulbusse überfüllt, Abstandsregeln konnten nicht eingehalten werden, was Teile der Elternschaft beunruhigte. Den Schülertransport hätte man besser organisieren können, schließlich war das Ende der Sommerferien kein Naturereignis. Naheliegende Optionen wie eine Umstellung der Stundenpläne dergestalt, dass nicht alle Klassen zur ersten Stunde beginnen, wurden nicht geprüft. Als dann kurz vor Schulbeginn Eltern ihre Sorgen artikulierten, war eine schnelle Lösung unmöglich. Grund: Busfahrermangel.

Joachim Paul ist AfD-Landtagsabgeordneter in RLP und bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion



Da war er also wieder, der Fachkräftemangel, der in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Überakademisierung steht. Deswegen ungeachtet treibt die rheinland-pfälzische Landesregierung die Öffnung der Hochschulen weiter

voran. Jüngstes Beispiel: Das neue Hochschulgesetz, das noch in diesem Jahr verabschiedet werden soll. Es sieht vor, dass man auch ohne Abitur ein Studium aufnehmen kann, eine abgeschlossene Berufsausbildung genügt.

Unsere Landesregierung will nicht sehen, dass Studium und duale Ausbildung in einem Konkurrenzverhältnis stehen. Der Fachkräftemangel nimmt inzwischen Ausmaße an, die unseren Wohlstand gefährden.

Die Diskussion um das neue Hochschulgesetz in Rheinland-Pfalz hat gezeigt, dass sich die CDU mit der Überakademisierung längst arrangiert hat. Zu einer geistigen Auseinandersetzung mit linker Bildungspolitik ist die Union weder willens noch in der Lage. Deshalb macht es im Bildungsbereich keinen großen Unterschied, ob die Regierung wie in Baden-Württemberg grün-schwarz ist oder schwarz-grün, wie uns das nach den Wahlen im März 2021 in Rheinland-Pfalz droht.

Die AfD ist die einzige politisch relevante Kraft, die sich konsequent für die Stärkung der dualen Ausbildung einsetzt und die Überakademisierung entschieden ablehnt. Wir fordern die Erhöhung der Attraktivität der berufsbildenden Schulen durch eine bessere Unterrichtsversorgung, die Akzeptanz niedrigerer Studentenzahlen und die gleiche Wertschätzung für nicht-akademische Bildungs- und Berufswege wie für den akademischen Berufsweg. Deshalb müssen Meisterausbildung und Aufstiegsfortbildung endlich kostenfrei sein!

STANDPUNKTE

VERSAMMLUNGSFREIHEIT

Gute Demos – schlechte Demos

Von der unerträglichen Doppelmoral in Politik und Medien

MARC BERNHARD, KARLSRUHE

Wenn es anderen erlaubt ist, so doch nicht dir“, hieß es schon in der Erziehungs- und Komödie „Adelphoe“ des Dichters Terenz (160 v. Chr.).

Die Reaktionen von Politik und Mainstream-Medien auf die unterschiedlichen Großdemonstrationen in den vergangenen Wochen lassen klar erkennen, dass hier wieder politisch opportunistisch mit zweierlei Maß gemessen wird. Während es viel

Lobhudelei und Unterstützung für die „Black-Lives-Matter“-Demonstrationen gegen

angeblichen Rassismus gab – trotz Nichtbeachtung der Coronaregeln bei akuter Corona-Gefahr! –, gibt es derzeit ernsthafte Diskussionen über ein Verbot der Demonstrationen für Freiheit, Recht und Demokratie.

Deren Teilnehmer werden sogar in abfälliger Manier als „Covidioten“ beschimpft. SPD-Chefin Saskia Esken giftete via Twitter: „Tausende #Covidioten feiern sich in #Berlin als ‚die zweite Welle‘, ohne Abstand, ohne Maske.“

Diese Doppelmoral großer Teile von Politik und Medien ist schäbig und heuchlerisch: Demonstranten, die für eine dem Establishment nützliche Sache demonstrieren, sind offenbar gegen eine Ansteckung mit SARS-CoV-2 immun. „Rechte“ Demonstranten und „Querdenker“ hingegen, die von Medien und Politik pauschal in die Ecke von Verschwörungstheoretikern gestellt

werden, verursachen anscheinend ein „Massensterben“.

Diese Methoden erinnern auch den ehemaligen DDR-Bürgerrechtler Arnold Vaatz an die Zustände in der DDR. Er warf der Berliner Polizei in einem Gastbeitrag im Onlinemagazin *Tichys Einblick* vor, die Teilnehmerzahl der Coronakundgebung in Berlin kleingeredet zu haben. „Die dreiste Kleinrechnung der Teilnehmerzahlen der Demo vom 1. August durch die Berliner Polizei entspricht in etwa dem

Geschwätz von der ‚Zusammenrottung einiger weniger Rowdys‘, mit der die DDR-Medien anfangs die Demonstrationen im Herbst 1989 kleinrechneten.“

Als am vergangenen Wochenende Demonstranten in einer inakzeptablen Aktion die Reichstagsstreppe stürmten, gab es einen kollektiven Aufschrei. Als jedoch vor 10 Jahren gleichfalls der Reichstag gestürmt wurde, blieb es still – denn es waren ja Atomkraftgegner am Werk.

Auch wenn es von den Medien und den „staatlich anerkannten“ sogenannten Rechtsextremismus-Experten wie Olaf Sundermeyer kleingeredet wird: Die Zahl derer wächst, welche die unverhältnismäßige Einschränkung von Freiheit und Wirtschaft für noch gefährlicher erachten als die Pandemie selbst.

Die Frage, mit welchen angemessenen Weichenstellungen man Epidemien, Pandemien und anderen Herausforderungen maßvoll begegnet, wie man am besten Prä-

vention betreibt und wie man effizient und zielgerichtet Menschen und Volkswirtschaft schützt und fördert, wird Politik und Gesellschaft noch sehr lange beschäftigen. Es wird dem gesellschaftlichen Frieden dabei nicht förderlich sein, wenn die Regierung uns Bürger weiterhin wie unmündige Kinder behandelt, droht, gängelt und die Zukunftsperspektiven unseres Landes vernichtet.

Wer vorgibt, „zum Wohl seines Volkes“ zu handeln, der muss sich auch konstruktiv und weitsichtig mit den vielen kritischen Stimmen der Opposition auseinandersetzen, statt sie arrogant und bevormundend abzukanzeln. Anderweitig verhärtert sich der Verdacht, es ginge den Altparteien einzig allein um ihren Machtausbau und um einen Sündenbock, um vom eigenen Versagen abzulenken.

Es wird Zeit, die Regierung Merkel abzuwählen, denn nach 15 Jahren hat sie nichts als einen riesigen Scherbenhaufen hinterlassen.

Marc Bernhard (48) ist Sprecher der Landesgruppe Baden-Württemberg der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied im Landesvorstand



KULTUR BEWAHREN

Wir müssen unsere Sprache schützen

Gerade für Kinder sind überlieferte Lieder und Geschichten wichtig

ANNE CH. SAMLAND, MANNHEIM

Lies mir doch bitte was vor!“, „nur noch eine Pferdegeschichte!“ Dies oder Ähnliches bittet meine jüngere Tochter mich täglich. Alle Kinder lieben Reime und Gutenachtgeschichten. Vermutlich erinnern Sie sich auch noch an Ihre liebsten Vorlesegeschichten?

Ich mochte den Struwwelpeter besonders gern. In der heutigen Mainstream-Pädagogik steht er jedoch quasi auf dem Index. Zu mahnend sei das Kinderbuch, ein Sinnbild schwarzer Pädagogik und darüber rassistisch, sagen Kritiker. Diese plumpe

Argumentation blendet jedoch den historischen Kontext des Buches aus. Immer-

hin ist der erste deutsche Comic aus der Feder des Frankfurter Arztes Heinrich Hoffmann seit über 170 Jahren ein Verkaufsschlager und wird auch heute noch vorgelesen.

Das Deutsche umfasst nachdem Dudenkorpus 2017 knapp 23 Millionen Wörter (Grundformen). Der gängige Standardwortschatz ist deutlich reduzierter und besteht aus zirka 16.000 Wörtern. Diese wertvolle Sprachkultur gilt es zu schützen.

Ich sehe insgesamt unsere Traditionen massiv bedroht und die Sprache ist eines der Opfer. Das sage ich als Patriotin und studierte Soziologin.

Unlängst entflammte ein großer Streit in Durbach im Schwarzwald. An der dortigen Grundschule gibt es ein Abkommen zwischen

Schülern, Eltern und Lehrern zur Deutschpflicht. Eine weise Entscheidung, wenn Kinder aus 16 Nationen zusammen erfolgreich lernen sollen. Nun gerieten zwei Mädchen während der Pause in Streit und zankten sich auf Türkisch. Daraufhin erhielten beide eine Strafarbeit, da sie gegen die Ordnung verstoßen hatten.

Die Eltern der Mädchen wollten das nicht akzeptieren. Die Strafarbeit sei als Diskriminierung zu werten. Der Konflikt eskalierte dermaßen, dass möglicherweise das Verwaltungsgericht über den Fall entscheiden wird.

Die einheitliche Sprache Deutsch an unseren Schulen ist zwingend

Das Kultusministerium in Stuttgart steht hinter der Entscheidung der Schule. Ministe-

rin Susanne Eisenmann hat dabei vermutlich die Landtagswahl im kommenden Frühjahr im Kopf und hofft, mit dieser Positionierung die zum großen Teil zur AfD abgewanderten konservativen Wählerstimmen zurückzugewinnen.

Die Durchsetzung der einheitlichen Sprache Deutsch ist zwingend. Sie verbindet und wirkt präventiv gegen die Bildung von Parallelgesellschaften. Untersuchungen in Berliner Modellschulen belegen, dass seit Einführung der einheitlichen Schulsprache Deutsch die Gewalt zurückging und die Leistungen der Schüler besser wurden.

Die AfD formulierte bereits im Februar 2018 auf Bundesebene einen Entwurf, um Deutsch als Landessprache im Grundgesetz festzuschreiben.

Unsere Sprache transportiert zahllose Errungenschaften aus Kultur, Philosophie, Technik und Wissenschaft. So verbindet das Hochdeutsche unsere Bundesländer und deren unterschiedliche Dialekte. Ich hoffe, dass auch unsere Kinder und Kindeskindern unsere schönen deutschsprachigen Lieder und Geschichten an die kommenden Generationen weitergeben.

Um sie zu bewahren, engagiere ich mich aus voller Überzeugung in der AfD.

Anne Charlotte Samland, Jahrgang 1986, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Sie besitzt Studienabschlüsse in Soziologie, Erziehungswissenschaften und Mediation. Über acht Jahre arbeitete sie erfolgreich in einem Immobilienunternehmen und ist seit Mitte 2020 Referentin für Dirk Gaw MdL im hessischen Landtag.

Sie ist Sprecherin des OV Mannheim Süd, Beisitzerin im Landesvorstand und Leiterin des Landesfachausschusses 10, Familie und Demografie.



FREIHEIT DER SPRACHE

Indoktrinieren statt schreiben?

Wie der Duden zur linken Ideologiehilfe verkommt

DR. THOMAS HARTUNG, LEONBERG

Beim Durchblättern der neuen Duden-Ausgabe kann man nur zu dem Schluss kommen, dass es sich nicht mehr um eine Schreibhilfe handelt, sondern um eine Ideologiehilfe zur Durchsetzung linker Politik. An den mit insgesamt 148.000 Wörtern umfangreichsten Duden, den es je gab, sind drei Vorwürfe zu richten.

Zum ersten der eines zunehmend ideologischen Wortschatzes. Denn welche 3.000 neuen Stichwörter anhand welcher Kriterien aufgenommen wurden, ist intransparent. Der Dudenkorpus mit über fünf Milliarden Wortformen nimmt vor allem Bezug auf aktuelle Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, aber auch Romane, Reden, Reparaturanleitungen, Blogs und Fachtexte. Doch Presse und Politikerreden verzerren sowohl Gebrauchshäufigkeit als auch Kommunikationsfunktionen: Zusammensetzungen wie „Alltagsrassismus“ oder „rechtsterroristisch“, aber auch „Klimanotstand“ oder „Ladesäule“ gehören nur zum ideologischen Sprachschatz kleiner Gruppen von Sprachverwendern wie Aktivisten, Politiker oder Journalisten – die diesen Sprachschatz gern der Mehrheit der Bürger verordnen wollen, um aus ihrer kruden Weltansicht Welt werden zu lassen.

Zum zweiten die Adelung des Genderismus, denn inzwischen hat der Duden auch Hinweise zum gendergerechten Sprachgebrauch

aufgenommen. So findet sich über den umstrittenen Genderstern die Bemerkung, es sei zu beobachten, dass sich diese Variante in der Schreibpraxis „immer mehr durchsetzt“, zumal in Kontexten, „in denen Geschlecht nicht mehr nur als weiblich oder männlich verstanden“ werde und die Möglichkeit weiterer Kategorien wie „Schüler*innen“ angezeigt werden solle. Diese Behauptung ist mindestens frech, eher aber irreführend. Weil wiederum nur Aktivisten, Politiker in absurden Anträgen oder Verwaltungsvorschriften wie jüngst in Mannheim und Stuttgart oder Journalisten

damit arbeiten, soll der Genderstern jetzt in den allgemeinen Sprachgebrauch von Millionen Bürgern einfließen.

Hier wird Sprache künstlich entwickelt. Das Gegenteil aber ist die Wirklichkeit: Sprache entwickelt sich als natürlicher Prozess aller Sprachverwender und nicht als Spielwiese weniger Sprachvorschreiber. Duden-Nutzer könnten die Variante als Sprachrealität missverstehen – was sie nicht ist; ein Vorwurf, den auch der Verein für deutsche Sprache erhebt.

Dass die Zwangserziehung zum geschlechtergerechten Sprechen danach Fahrt aufnehmen wird, war erwartbar – dass es so schnell geht und mit „Radio Fritz“ der erste Sender im ARD-Verbund nur Tage später diese unsinnige Schreib- als Sprechweise übernimmt, kam überraschend. Die Auffassung, dass Menschen nur gemeint seien, wenn

man sie explizit nennt, ist pure Ideologie. Hier wird Sprache aus ideologischen Gründen von wenigen zwangsgebeugt. Andernfalls würden die Menschen bereits so sprechen und die Radiostationen nachziehen. Wir haben es mit Manipulation durch Sprache zu tun, und als solche muss sie auch benannt werden.

Und zum dritten der Vorwurf falscher Anglisierung: dass mit „Fridays for Future“, „Hatespeech“, „Influencer“, „oldschool“ und anderen erneut viele Anglizismen Aufnahme fanden, ist mehr als befremdlich. In Deutschland hat niemand einen Rechtsanspruch auf die Akzeptanz anderer Sprachen zur Verständigung. Ein Bekenntnis zur Muttersprache aber, auch als Wissenschafts- oder Unternehmenssprache, hat sehr viel mit Identität und noch mehr mit Demokratie zu tun.

Der neue Duden ist eine linkspolitisch, genderideologisch und denglisch verzerrte Enttäuschung, die ihren großen Ahnherrn Konrad Duden im Grab rotieren lässt.

Dr. Thomas Hartung ist Pressesprecher der AfD-Fraktion im Landtag



VERTEIDIGUNGSFÄHIGKEIT

KSK: Das Kommando Spezialkräfte

oder: Wie zerlegt man die Bundeswehr?

WALTER SCHWAEBSCH, KONSTANZ

Für grünlinke Extremisten gelten Bundeswehr und Polizei schon lange als Problemfälle in ihrem Kampf gegen das Gewaltmonopol des Staates. Mit Unterstützung der Spezialdemokraten und der grünen Deutschlandzerstörer sehen sie in den Säuberungsaktionen eine Gelegenheit, die Zersetzung der Sicherheitsorgane voranzutreiben.

Nach dem pauschalen Rassismus Vorwurf durch Saskia „Antifa“ Esken gegen die Polizei folgt nun mit CDU-Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer der Generalangriff auf die verbliebenen kampfbereiten Bundeswehreinheiten.

Die Mittel dazu sind die Allzweckwaffen „rechtsradikal“ und bei Bedarf „Rassismus“. Der vermeintliche Vorteil dieser Methode ist, dass diese Begrifflichkeiten nie eindeutig definierbar und deshalb quasi nach Belieben als politische Guillotinen für politische Kopf-ab-Urteile zum Zwecke der Abschaffung der Meinungsfreiheit verwendet werden können.

Offensichtlich reichen schon anonyme Hinweise eines vermutlich gefrusteten, an den hohen Anforderungen gescheiterten und karrieresüchtigen Soldaten für einen Generalverdacht aus, um Misstrauen und Unsicherheit als wichtige Mittel der Demotivation zu säen und damit die moralische Zersetzung mit dem Ziel der Auflösung des Eliteverbandes KSK zu betreiben. Eine Säuberungswelle des Unteroffizier- und Offizierskorps wird damit eingeleitet, militärische Führer und Generäle werden in Folge zu politischen Offizieren umgepolt. Als nächster

Schritt könnte dann die Einführung von Politoffizieren nach sowjetischem Vorbild folgen, die als Politruks das Gedankengut überwachen und für die Einordnung in die enger werdenden politisch-korrekten Leitplanken sorgen. In den Streitkräften sozialistischer Staaten hatten Politoffiziere, also Politikommissare, militärische Dienststellungen mit einem politischen Auftrag inne. Sie sollten im Sinne der Parteidoktrin die politische Erziehung der Soldaten überwachen und sicherstellen, dass die Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten stets als „sozialistische Persönlichkeit“ agierten und einen klaren Klassenstandpunkt vertraten.

Der Verdacht, Annegret Kramp-Karrenbauer könnte das KSK am Ende in seiner jetzigen Form zerschlagen, erhartete sich, als die CDU-Verteidigungsministerin verkündete, mit eisernem Besen gegen „Rechtsextremisten“ unter den Elitesoldaten vorzugehen und den „braunen Sumpf“ trockenzulegen.

Diese in militärischen Angelegenheiten völlig ahnungslose und inkompetente Person macht sich jetzt daran, kampfbereite Einheiten zu zerlegen und schwächt damit die in einem desolaten Zustand befindliche Bundeswehr weiter. Kramp-Karrenbauer möchte im Sinne ihrer Herrin keine Staatsbürger in Uniform und mündige Bürger, sie will willfähige, politisch gleichgeschaltete Befehlsempfänger. Wie sonst ist zu erklären, dass sie im angeblichen „Kampf gegen rechts“ auch das Soldatengesetz und Dis-

ziplinarrecht verschärfen will? Ein ehemaliger KSK Soldat mit guten Kontakten zu dieser Einheit griff die Ministerin an und nannte deren Vorgehen eine bodenlose Frechheit. Inzwischen legte die Ministerin noch einmal nach, indem sie behauptete: „Es ist nicht nur das KSK, sondern die Frage der rechts-

extremistischen Tendenzen betrifft die gesamte Bundeswehr, darüber hinaus noch andere Sicherheitskräfte“. Damit stellt sie unsere Streitkräfte und Soldaten unter Generalverdacht, unterstützt vom Militärischen Abschirmdienst.

Der MAD wurde ebenfalls zum politischen Instrument mutiert und ist sich nicht einmal zu schade, auf Quellen der von der ehemaligen Stasi-Spitzel Kahane geleiteten linksradikalen Amadeu-Antonio-Stiftung zurückzugreifen.

Stoppen wir den Zersetzungskurs der Altparteien, bevor Deutschland weiter destabilisiert wird.

„Rechtsradikal“ als Allzweckwaffe für politische Kopf-ab-Urteile

Walter Schwaebisch ist Diplom-Geograph, Oberstleutnant der Reserve und Sprecher des KV Konstanz



AUFGEKLÄRT!

Groteske Stimm-Ungleichgewichte in der EZB

MARTIN KRIECHBAUM, KARLSRUHE

Der geldpolitische Kurs der EZB, das heißt unter anderem die Festsetzung des Leitzinses und des Volumens der Ankäufe von Staatsanleihen, wird vom EZB-Rat bestimmt, der unabhängig von Organen der EU und den Mitgliedstaaten mit einfacher Mehrheit Beschlüsse fassen kann.

Der Zentralbankrat der EZB besteht aus dem Direktorium sowie den Präsidenten der nationalen Zentralbanken. Für diese gilt folgendes Rotationsprinzip: Fünf Staaten, darunter Deutschland, haben vier Stimmen, also Faktor 0,8; 14 Staaten haben 11 Stimmen, also Faktor 0,79.

Deutschland hat insgesamt 1,8 von 21 Stimmen im EZB-Rat, also ein Stimmgewicht 8,6 Prozent. Luxemburg, Malta und Zypern als kleinste EU-Staaten verfügen zusammen über ein Stimmgewicht von 11,3 Prozent.

Deutschland besitzt also nur 76 Prozent des Stimmengewichts von Luxemburg, Malta und Zypern. Ein Nein aus Deutschland kann durch ein Ja aus Malta neutralisiert und durch ein Ja von Luxemburg überstimmt werden – von Zentralbanken, deren EZB-Haftungsanteil im Promillebereich liegt.

In diesen drei kleinsten Eurozonen-Staaten leben insgesamt zwei Millionen Einwohner, das BNP beläuft sich auf 107 Milliarden Euro. Deutschland hat 83 Millionen Einwohner, also das 41-fache, und mit einem BNP von 3.859 Milliarden Euro das 36-fache der Wirtschaftsleistung dieser drei kleinsten Länder.

Was für ein groteskes Missverhältnis der Stimmgewichte!

Martin Kriechbaum ist Mitglied im KV Karlsruhe und Diplom-Volkswirt im Bereich des Controlling



Kann Deutschland Afrika retten?

DR. RAINER BALZER, BAD SCHÖNBORN

Claudia Roth, Ikone der Grünen, ließ die Welt im November 2019 wissen, Deutschland als große Volkswirtschaft müsse Verantwortung übernehmen und die Bevölkerung Afrikas retten. Leisten wir uns einen nüchternen Blick auf einige Eckdaten:

Deutschland liegt auf 0,24 Prozent der Landflächen der Erde, Afrika auf 20 Prozent, also auf dem 84-fachen der Fläche Deutschlands. In Deutschland leben 83 Millionen Menschen, in Afrika 1.300 Millionen, also 16 mal so viele. In Deutschland leben pro Quadratmeter 233 Menschen, in Afrika 40. Die Geburtenrate der Frauen in Deutschland

liegt bei 1,5 Kindern, in Afrika bei 4,5. Bis 2050 wird sich die Bevölkerung in Afrika verdoppelt haben und alle diese Menschen sollen nach Frau Roth von Deutschland aus ernährt werden.

Afrika muss sich jedoch selbst retten und weiter entwickeln, aus eigener Kraft, mit den eigenen Menschen. Das ist auch ohne Weiteres möglich auf Basis dessen, was auf dem Kontinent bereits geschaffen wurde.

Dafür setzt sich verantwortliche Politik ein, nicht für groteske Forderungen wie die der grünen Prominenz.

Dr. Rainer Balzer ist Landtagsabgeordneter und kulturpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion

DIE GUTE NACHRICHT

Dass das Verbot der Demonstrationen gegen die Coronapolitik von Gerichten aufgehoben werden würde, war zu erwarten. Zu offensichtlich politisch motiviert hatte Innensenator Geisel argumentiert, er wolle den „Coronaleugnern“ und

„Rechtsextremen“ nicht schon wieder eine Bühne bieten.

Angela Merkel hatte sich zuvor – nicht verwunderlich – auf die falsche Seite geschlagen: Sie hatte „Respekt“ für Geisels Demoverbot bekundet. Die Klatsche des Gerichts gilt also auch der Bundeskanzlerin – und das ist die besonders gute Nachricht. //red

